

Gewerkschaftsdebatten zum Klimaschutz

Im Vorfeld des DGB-Bundeskongresses Mitte Mai 2018 gab es eine heftige Auseinandersetzung um die Position zu den Klimaschutzzieilen der Bundesregierung (s. express 6/2018). In einem Antragsentwurf des DGB-Bundesvorstandes zur Klimapolitik und hier insbesondere der Energie- und Mobilitätspolitik wurde das Klimaschutzabkommen von Paris ausdrücklich unterstützt. IG BCE und IG Metall hatten im Vorfeld des Kongresses, gegen die Stimme des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, dafür gesorgt, dass diese Positionierung aus dem Antrag gestrichen wurde. Dass der positive Bezug zu den Klimazielen am Ende doch wieder in den Antrag aufgenommen wurde, ist dem darauffolgenden Protest, auch in der Öffentlichkeit, zu verdanken.

Mit den Konzernen klimaschädliche Produktion verteidigen ...

Dass die IG Metall die IG BCE unterstützen würde, kam für viele BeobachterInnen überraschend, da sie sich in der Vergangenheit eher *für* die Energiewende ausgesprochen hatte. Als Grund für diese Abkehr wird gemutmaßt, dass sie möglicherweise die Regelungen für die deutsche Automobilindustrie als zu ambitioniert erachtete. Dass die IG BCE, wie schon bei der Atomenergie auch bei der Förderung und Verbrennung der Braunkohle auf der Bremse stehen würde war zu erwarten. Sie spielt sich als Verteidigerin von Arbeitsplätzen in den Revieren auf, die aber, wie alle wissen, so oder so nur noch für einen begrenzten Zeitraum bestehen werden. Anstatt mit der dynamischen Zivilgesellschaft gemeinsam dafür zu sorgen, dass für die heute noch ca. 20.000 Beschäftigten in den Revieren im Rheinland, in der Lausitz und in Brandenburg zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen, steht sie an der Seite der Stromkonzerne und beharrt auf einer Technologie, die extrem schädlich und dabei unnötig ist.

... anstatt mit der Zivilgesellschaft die CO₂-freie Zukunft zu gestalten

Ver.di ist da theoretisch ein Stück weiter. Schon 2016 kam eine von ihr in Auftrag gegebene Studie zum „Sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung“ zum Ergebnis, dass eben dieser möglich sei. Wenn auch der dafür vorgesehene Zeitraum noch erheblich zu lang ist, scheint ver.di anzuerkennen, dass die Kohleverstromung keine Zukunft hat und zerstörerisch ist. Die Gewerkschaft fordert dabei eine Absicherung für alle Beschäftigten in den Revieren und Kraftwerken. Dies müsste aber auch in den entsprechenden Regionen umgesetzt werden. Hierbei handelt es sich ja nicht nur darum, für ältere KollegInnen gute Regelungen für den Übergang in die Rente zu vereinbaren. Die Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen muss unter Einbeziehung der Beschäftigten, der ortsansässigen Bevölkerung, der Gewerkschaften, der UmweltempertInnen und der kommunalen politischen Gremien angegangen werden. Das Beispiel des Ruhrgebietes zeigt, wie es nicht laufen darf: den Strukturwandel den Konzernen und der Politik zu überlassen und am Ende die Hochburgen der Arbeiterschaft zu Hochburgen von Rechten werden zu lassen.

Die Praxis bei ver.di sieht derzeit noch anders aus. Auch wenn immer wieder die Notwendigkeit des Strukturwandels betont wird, herrscht vor Ort ein ganz anderer Ton. So hängen z.B. vor den Kraftwerken im rheinischen Revier die krassesten Transparente nicht von

der IG BCE, sondern von ver.di. Will man so junge Menschen ansprechen, deren Zukunft da gerade verfeuert wird?

Auf dem Klimacamp im Rheinischen Revier im August letzten Jahres wurde von der Initiative „Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Klimaschutz“ ein Workshop zu der oben erwähnten ver.di-Studie angeboten. Dafür gab es die Zusage von ver.di, einen hauptamtlichen Referenten zu stellen. Kurz vor dem Klimacamp wurde diese Zusage mit der Begründung zurückgezogen, dass die Sicherheit des Referenten und möglicher Teilnehmer aus den Kraftwerken nicht gewährleistet sei (s. express 8/2017). Vielleicht wollte der ver.di-Apparat die Studie dort nicht präsentieren, um nicht mit der IG BCE aneinander zu geraten. Die IG BCE hatte ver.di nach Veröffentlichung der Studie des Verrats an den Interessen der Beschäftigten bezichtigt. Der Vorsitzende der IG BCE im Rheinland, Manfred Maresch, beteiligte sich allerdings sehr wohl an einer Diskussion am Vorabend des Klimacamps in der Erkelenzer Stadthalle mit VertreterInnen der Klimabewegung, und Vertreter der IG BCE ließen es sich nicht nehmen, auf Einladung der UmweltaktivistInnen das Klimacamp zu besuchen. Die überwiegend jungen KlimaaktivistInnen sind sehr um einen Kontakt mit den Beschäftigten bemüht. Sie betonen in ihren Flugblättern, die sie vor den Werken verteilt, dass sich ihr Protest nicht gegen sie richte.

Inzwischen geht aber auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern die Debatte um die Folgen der Klimaerwärmung weiter. Gab es zum ver.di-Bundeskongress 2015 nur ein paar Anträge zu diesem Thema, so scheint es beim Kongress 2019 anders zu werden. Nachdem der Gewerkschaftsrat im März 2016 nach kontroverser Diskussion noch die Formulierung des schnellstmöglichen Ausstiegs aus der Kohleverstromung in den Energieantrag des Bundesvorstandes aufgenommen hatte, durfte es diesmal auch um konkrete Daten für den Kohleausstieg gehen. Die Debatte wird sicherlich noch an Fahrt aufnehmen, nachdem jetzt auch die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, die sogenannte Kohlekommission, durch die Bundesregierung eingesetzt wurde. Die Gewerkschaften sind durch Vertreter von DGB (Stefan Körzell), IG BCE (Michael Vassiliadis) und ver.di (Andreas Scheidt) vertreten. Ob diese die auf dem DGB-Kongress beschlossene Linie vertreten werden, gegen die die IG BCE-Delegierten gestimmt haben, werden wir sehen.

No jobs on a dead planet

Dass die VertreterInnen der Umweltverbände und der vom Tagebau betroffenen Menschen in den GewerkschaftsvertreterInnen eher Verbündete finden, statt Alliierte der Energiekonzerne und Landesregierungen, wünschen sich nicht wenige bei ver.di. Die internationale Gewerkschaftsbewegung hat es vorgemacht. Ihre VertreterInnen haben längst erkannt, dass es auf einem toten Planeten keine Arbeitsplätze gibt (Sharan Burrows, Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbunds). Und zahlreiche Gewerkschaften und Verbände haben sich international in Klimaallianzen wie *TUED* (*Trade Unions for Energy Democracy*) oder *One Million Climate Jobs* etc. organisiert.

